

Protokoll

der 37. Sitzung des

**Kuratoriums der
Technischen Universität Berlin**

am 23. Mai 2013

Beginn: 9.05 Uhr
Ende: 12.15 Uhr

Mitglieder des Kuratoriums:

Hochschulvertreter/innen

Frau Prof. Dr. Süßmuth (Vorsitzende)
Frau Stumpenhusen
Herr Prof. Dr. Kaiser (stellv. Vors.)
Herr Dipl.-Ing. Nassauer
Herr Prof. Dr. Jähnichen
Frau M.A. Jordan
Herr Marquardt
Herr Roesrath

**Sitzungsteilnehmer/innen mit beratender Stimme
gem. § 1 Abs. 3 GrundO der TU:**

Präsident
Zweiter Vizepräsident
Dritte Vizepräsidentin
Kanzlerin
Personalrat der Arbeitnehmer/innen und Beamt/inn/en
Personalrat der stud. Beschäftigten
Zentrale Frauenbeauftragte

Herr Prof. Dr.-Ing. Steinbach
Herr Prof. Dr. Heiß
Frau Dr. Wendorf
Frau Prof. Dr. Gutheil
Frau Nickel-Busse
Herr Raeder
Frau Plaumann (i.V.)

Sonstige Teilnehmer/innen

Frau Zimmer (SenBJW), Frau Kühne (Presse ztw.);
Herr Cassiers, Herr Nissen, Frau Toepfer, Frau Terps u.a.
Frau Taeger, Frau Renko (Geschäftsstelle)

Tagungsort:

Technische Universität Berlin,
Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin,
Raum H 1035

TAGESORDNUNG

TOP		Seite
1.	Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Genehmigung des Protokolls der 36. Sitzung vom 14. März 2013	2
3.	Bericht des Präsidenten	3-5
4.	Zukunftskonzept der TU Berlin für die Jahre 2013 bis 2020	5-7
5.	Verschiedenes	<i>entfällt</i>

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Kaiser, begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung einstimmig genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 36. Sitzung vom 14. März 2013

Frau Scherz bittet schriftlich um folgende Änderung in TOP 6 „Eingruppierung von akademischen Mitarbeiter/inne/n – Umsetzung des TV-L“ (Seite 4 des Protokolls):

Im dritten Absatz wird der zweite Satz wie folgt geändert: „Sie sieht es dennoch als notwendig an, Nachverhandlungen zum TV-L Berliner Hochschulen mit den Tarifparteien aufzunehmen und die bisher erworbenen Erfahrungen aus der Praxis zu berücksichtigen.“

Herr Marquardt schlägt vor, in TOP 7, dritter Absatz, den zweiten Satz zu streichen.

Mit diesen Änderungen wird das Protokoll der 36. Sitzung einstimmig genehmigt.

Herr Kaiser begrüßt Herrn Roesrath als Nachfolger für Frau Scherz im Kuratorium. Frau Scherz nimmt seit dem 1. April 2013 ihr Mandat im Akademischen Senat wahr.

Die Vorsitzende übernimmt die Leitung der Sitzung.

TOP 3 Bericht des Präsidenten

Der Präsident berichtet:

- Die TU Berlin konnte eine weitere, vierte Einstein-Professur für den Bereich Mathematik einwerben, die mit Herrn Prof. Michael Joswig besetzt werden soll.
Auf Vorschlag der TU Berlin hat die Alexander von Humboldt-Stiftung eine mit 3,5 Mio. Euro dotierte „Alexander von Humboldt-Professur“ an Prof. Giuseppe Caire vergeben. Die Professur soll in der Fakultät IV Elektrotechnik und Informatik angesiedelt werden. Sollten die derzeit stattfindenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss gelangen, hätte die TU Berlin mit Prof. Caire einen würdigen Nachfolger für den an die TU München abberufenen Prof. Boche gefunden.
- Die TU Berlin führt das neu erschienene „Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten 2013“ des Kompetenzzentrums für Frauen in Wissenschaft und Forschung (Center of Excellence and Science CEWS) mit 13 von 14 möglichen Punkten an und ist damit die beste Universität in diesem Ranking. Der Präsident bedankt sich bei Frau Dr. Gutheil, die diesen Bereich an der TU Berlin verantwortlich koordiniert.
- Im Rahmen der Hochschulvertragsverhandlungen finden derzeit Gespräche mit der Senatsverwaltung für Finanzen statt. Die LKRP wird zu diesem Thema Anfang Juni ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister führen. Ziel der Hochschulen ist es, zumindest den Status quo zu halten. Zur Unterstützung dieses Ziels wird außerdem am 28. Mai eine Pressekonferenz veranstaltet, auf der die letzte DIW-Studie veröffentlicht wird, aus der die wirtschaftliche Bedeutung der Unterstützung der Hochschulen für die Wirtschaftsleistung des Landes ersichtlich wird: Für jeden den Hochschulen gewährten Euro fließen 2 Euro Steuereinnahmen an das Land zurück. Der Präsident betont, dass es sich bei den Forderungen der Hochschulen auf Erhöhung der Mittel um 3,8 % nur um einen Ausgleich steigender Kosten (Tarifaufwüchse, Versorgungslasten, Inflationsrate) handelt.
- Der Präsident berichtet, dass die ipal GmbH (Patentverwertungsagentur des Landes Berlin) den Betrieb einstellen wird, da die bisher bestehende finanzielle Unterstützung des Landes durch die Investitionsbank Berlin (IBB) nicht weiter gewährt wird (s. beigefügte Presseerklärung *Anlage 1*). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ipal GmbH wurden bereits gekündigt. Er macht deutlich, dass eine Patent- und Lizenzverwertung nicht kurzfristig zu hohen Einnahmen führen kann. Aus diesem Grund arbeitete die ipal GmbH die vergangenen 10 Jahre defizitär. Um Schaden abzuwenden, ist es notwendig, kurzfristig eine Lösung zu finden. Die TU Berlin hat von allen an der ipal GmbH Beteiligten das größte Volumen an Patenten und Lizenzen (ca. 300), die Charité kommt an zweiter Stelle. Derzeit werden mit den Beteiligten Vertragsverhandlungen geführt, um eine neue Organisation aufbauen zu können, die ab 1. Juli die Betreuung des Patentportfolios übernehmen kann.

In der Diskussion bekräftigt die Kanzlerin die Bedeutung einer Unterstützung der Patentverwertung an den Universitäten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zusätzlich zum Geld der IBB entfällt nun außerdem die finanzielle Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), dessen Gelder nur an Gesellschaften und nicht an einzelne Universitäten fließen.

Der Präsident erklärt, dass alle bisherigen Versuche der Gründung einer Organisation mit weniger Beteiligten erfolglos verlaufen sind.

Herr Jähnichen erinnert an den Erfolg des Fraunhofer-Instituts mit dem Patent für MP3. Hier wurde die Patentverwertung auf Institutsebene verhandelt und realisiert. Dieser Weg der Verwertung von Patenten ist seiner Sicht nach vorzuziehen. Um die beste Lösung zu finden, müssten Einnahmen und Ausgaben der ipal GmbH kritisch bewertet werden. Anschließend wäre zu entscheiden, ob gegebenenfalls die Verwertung der Patente durch die TU Berlin selbst zu bevorzugen ist. Er macht deutlich, dass Patente auch der Außenwirkung dienen. Die Kanzlerin unterstützt diese Einschätzung und macht darauf aufmerksam, dass es an der TU Berlin Fachleute gibt, die mit Ideen zur Realisierung neuer Organisationsmodelle beitragen könnten.

In der Diskussion wird kritisiert, dass die Patentanmelde- und -erhaltungsgebühren in Deutschland zu hoch sind. Herr Nassauer regt an, das Thema der Patentkosten über die Presse öffentlich zu machen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit müsse im Interesse der Bundesrepublik sein, diese werde jedoch durch zu hohe Gebühren beeinträchtigt. Auch Herr Nassauer regt einen Einnahme-/Ausgabenvergleich an und schlägt vor, über alternative Möglichkeiten der Patentverwertung nachzudenken.

- Der Präsident berichtet, dass die vom Akademischen Senat (AS) und vom Kuratorium befürwortete Neufassung der Grundordnung dem Erweiterten Akademischen Senat (EAS) am 15. Mai 2013 zur abschließenden Beschlussfassung vorlag. Die Studierenden hatten bereits im Vorfeld der Sitzung angekündigt, einen Antrag zur viertelparitätischen Besetzung des EAS zu stellen. Dieser Antrag wurde von einer Mehrheit des Gremiums befürwortet. Die Neufassung der Grundordnung wurde nach der Evaluation in einem zweijährigen Prozess erarbeitet. Entscheidende Punkte sind in einer aus Vertretern aller Statusgruppen des AS und der Fakultäten zusammengesetzten Arbeitsgruppe thematisiert worden. In der Arbeitsgruppe sei man sich einig gewesen, dieses strittige Thema nicht in die Gremien zu tragen. Dass der Antrag dennoch in das Gremium eingebracht wurde, habe zu einem Vertrauensverlust geführt. Nach einer vorläufigen rechtlichen Bewertung durch die Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Wissenschaften ist der Beschluss des EAS rechtswidrig. Der Präsident wird die Senatsverwaltung um eine endgültige juristische Bewertung bitten. Sollte die Rechtsauskunft bestätigt werden, wird der Präsident seiner Pflicht zur Rechtsaufsicht nachkommen müssen und - nach Abstimmung mit der Senatsverwaltung - den EAS erneut einberufen. In der Diskussion wird übereinstimmend die Meinung vertreten, keine unkontrollierte Auseinandersetzung zu führen und weiterhin das Gespräch mit der anderen Seite zu suchen.
- Die Kanzlerin berichtet, dass von Seiten der TU Berlin seit einem Jahr versucht wird, die Verhandlungen zur Aktualisierung der Tarife für die studentischen Beschäftigten mit einer Erhöhung der Vergütung von 10,98 Euro auf 11,24 Euro und zum Abschluss eines Tarifvertrages wieder in Gang zu bringen. Es besteht weiterhin Dissens über eine Jahressonderzahlung. Auf einer Arbeitgeberbesprechung mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin (KAV) sind die anderen Hochschulvertretungen leider nicht den Vorschlägen der TU Berlin gefolgt. Die GEW hat Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Der Präsident als derzeitiger Vorsitzender der LKRP wird das Thema mit den anderen Hochschulpräsidenten eines gemeinsamen Tarifabschlusses nochmals ansprechen. Wenn auch auf dieser Ebene kein Konsens erzielt werden kann, besteht derzeit die Tendenz, dass die TU Berlin allein Verbesserungen vornimmt.
- Die Dritte Vizepräsidentin berichtet, dass die TU ein neues Logo eingeführt hat. Durch ein CD-Corporate Design Manual wird den TU-Mitgliedern eine einfache Handhabung bei der Verwendung dieses Logos und der einheitlichen Gestaltung aller wichtigen Kommunikationsmittel in neuem Design ermöglicht.

- Der Zweite Vizepräsident berichtet, dass der Akademische Senat auf seiner letzten Sitzung eine Ordnung zur Regelung des allgemeinen Studien- und Prüfungsverfahrens (AllgStuPO) beschlossen hat, die den Lehrenden die Organisation des Studiums vereinfachen soll. Es wurde ein größeres Maß an Einheitlichkeit in einzelnen Studiengängen geschaffen und Elemente der Qualitätssicherung verankert. Soweit möglich wurde auch die Modularisierung vereinheitlicht, um die Kombination von Modulen in Studiengängen zu verbessern sowie die Anrechnung von Servicemodulen zu vereinfachen. Die Studiengänge müssen nun an diese neue AllgStuPO angepasst werden.
Herr Marquardt bittet, über die Einführung der AllgStuPO in einem halben Jahr zu berichten.

TOP 4 Zukunftskonzept der TU Berlin für die Jahre 2013 bis 2020

Vorlage KU 1/037 und Endfassung des Zukunftskonzeptes

Der Präsident erklärt, dass in der vorgelegten Endfassung des Zukunftskonzeptes keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem mit der Tagesordnung versandten vorgenommen wurden.

Folgende redaktionelle Änderung wird auf Nachfrage von Frau Stumpenhusen übernommen: Es entfällt unter Ziff. 2.3.2, Abschnitt „Dauerstellen“ (S. 25) im ersten Absatz der letzte Halbsatz im zweiten Satz : „da hier der Qualifikationsanteil der Stelle“ ersatzlos.

Der Präsident verdeutlicht, dass durch das Zukunftskonzept eine Berufsplanung bis zum Jahr 2020 eingeführt wurde. Hervorzuheben ist

1. die Einführung von Regeln für Bleibeverhandlungen,
2. die Einführung einer Flexibilisierung der Struktur, um auf Erfordernisse reagieren zu können,
3. die offensive Auseinandersetzung mit Tenure-Track-Stellen für eine gewisse Anzahl von Strukturstellen.

In der Diskussion aufgeworfene Fragen beantwortet der Präsident wie folgt:

Die Planungen unterliegen einem Zeitplan, den der Akademische Senat zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Das Präsidium hat sich verpflichtet, halbjährlich über dessen Umsetzung zu berichten. Der Präsident sagt zu, auch dem Kuratorium zu berichten.

Er fasst zusammen, dass auf der 31. Sitzung des Kuratoriums die von der eingesetzten fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe des AS - für deren Arbeit sich der Präsident nochmals bedankt - bis dahin einvernehmlich erarbeiteten Ergebnisse vorgestellt wurden. Daraus wurden vom Präsidenten Handlungsempfehlungen entwickelt, die anschließend mit den Dekanen diskutiert wurden. Der Präsident erklärt, dass es auch weiterhin Diskussionsbedarf zur praktischen Umsetzung gibt, wie z.B. über die Problematik der Dauerstellen und Sicherstellung der Wiederbesetzung von Professuren. Er beschreibt die Notwendigkeit, die Planung von Berufungen vierteljährlich zu aktualisieren.

Herr Kaiser bittet darum, das für Außenstehende schwer nachvollziehbare Thema Weiterbildung nochmals im Kuratorium zu diskutieren. Die Dritte Vizepräsidentin sagt dies für eine der nächsten Sitzungen zu.

Sie weist darauf hin, dass in der Präambel des Zukunftskonzeptes eventuell vermisste Aspekte in dem vom AS beschlossenen und im Frühjahr 2011 veröffentlichten Leitbild der TU behandelt werden.

Herr Roesrath plädiert dafür, spätestens auf der übernächsten Sitzung das Thema Weiterbildung aufzunehmen. Um das Thema für alle verständlich zu machen, bittet Herr Kaiser, zu Beginn der geplanten Diskussion die rechtlichen Rahmenbedingungen in Berlin darzulegen.

Herr Marquardt macht darauf aufmerksam, dass vor allem auch auf die Qualitätssicherung in Lehre und Studium geachtet werden muss. Er weist darauf hin, dass im Text weniger die Herausforderungen als die Chancen für die Studierenden hervorgehoben werden sollten, wodurch die Willkommenskultur erkennbar werde. Der Zweite Vizepräsident macht zur hohen Abbrecherquote darauf aufmerksam, dass es vermutlich nicht gelingen wird, diese wegen der anspruchsvollen Studiengänge an der TU durch eingeleitete Maßnahmen zu senken.

Frau Jordan weist auf die Diskrepanz zwischen Soll und Ist bei der Entwicklung der Zentralen Universitätsverwaltung hin und bittet darum, auch dem Kuratorium regelmäßig über die Umsetzung der diesbezüglichen Pläne zu berichten. Dies sagt der Präsident zu.

Die Kanzlerin betont die Wichtigkeit regelmäßiger Darstellung von Arbeitsergebnissen sowie ihre Absicht, bei der Umsetzung der mittelfristigen Planung zur Verbesserung der Arbeitssituation auch die Kommunikation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verstärken.

Frau Stumpfenhusen beschreibt, dass Arbeitnehmer/innen und Studierende an der TU Berlin das Konzept positiv nach außen tragen werden, wenn die Arbeits- und Studienbedingungen durch Umsetzung des Zukunftskonzeptes an der TU zufriedenstellend sind.

Frau Plaumann bittet zu erwägen, den Berufungsleitfaden um Informationen für an einer Berufung Interessierte zu ergänzen, wobei auch Gleichstellungsaspekte untergebracht werden sollten.

Sie bittet außerdem - in Übereinstimmung mit dem Beschluss des AS - um folgende redaktionelle Änderungen in Ziff. 2.3.1 Juniorprofessuren: Der Absatz 4 muss lauten „Weitere Juniorprofessuren werden durch das Nachwuchsprogramm ‚Wissenschaftlerinnen an die Spitze der TU Berlin‘ gefördert. Auch diese Stellen werden mit WM-Stellen ausgestattet, davon werden die ersten drei Jahre aus der zentralen Reserve finanziert. Die Finanzierung für den Rest der Laufzeit ist durch die Fakultät sicherzustellen. Wird die WM-Stelle mit einer Frau besetzt, so kann ein weiteres Jahr der WM-Ausstattung der Fakultät aus Mitteln des Programms ‚Wissenschaftlerinnen an die Spitze der TU Berlin‘ finanziert werden - vorbehaltlich des Vorhandenseins von Mitteln.“ Der Präsident stimmt dem zu.

Frau Jordan bittet, sich in einer der nächsten Sitzungen mit der Lehrerbildung an der TU zu beschäftigen.

In der Diskussion wird großes Lob für das zukunftsweisende Zukunftskonzept ausgesprochen. Es mache deutlich, wohin die Universität will und mit welchen Mitteln dies zu erreichen sei. Die Gremien und auch das Kuratorium sollen den Prozess begleiten.

Die Vorsitzende stellt fest, dass das Zukunftskonzept ein Meilenstein für die TU Berlin und eine sehr durchdachte Aufstellung konzeptioneller Planung ist, um die TU zukunftsfähig und wettbewerbsfähig zu entwickeln. Sie gibt den Rat, die Fortschritte der TU Berlin nach außen und innen deutlicher zu machen.

Beschluss KU 1/037-23.05.2013

einstimmig

Das Kuratorium begrüßt das vorgelegte Strategiepapier „Zukunftskonzept der TU Berlin für die Jahre 2013 bis 2020“ und stimmt den dargestellten Rahmenplanungen zu. Das Kuratorium fordert das Präsidium auf, den Dialog mit Fakultäten und Gremien bei der weiteren Ausgestaltung und Umsetzung in angemessener Weise fortzusetzen.

Der Präsident bedankt sich bei den Kuratorinnen und Kuratoren für die konstruktive Begleitung

TOP 9 **Verschiedenes**

Entfällt.

Vorsitzende:

Protokoll:

gez.
Prof. Dr. Rita Süßmuth

gez.
I. Renko